

Kleine Anfrage 66

des Abgeordneten Sven Hornauf (BSW-Fraktion)

an die Landesregierung

Sicherung von Rekultivierungskosten für Alttagebaue der LEAG

Durch Greenpeace wurde aktuell das Ergebnis einer Studie zur Bewertung der Rücklagen der LEAG für die Rekultivierung bereits stillgelegter und bis 2038 stillzulegenden Braunkohletagebaue veröffentlicht (u.a. in Teilen zugänglich unter <https://www.greenpeace.de/klimaschutz/energiewende/kohleausstieg/milliardenschwerde-bilanz-bluffs-bei-der-leag>).

Dort werden u.a. Angaben zu der Bewertung der bilanziell ausgewiesenen Rücklagen der LEAG einerseits, der Verfügung von Gesellschaftsanteilen und der internen Bewertung der Unternehmensanteile sowie der voraussichtlichen Kosten andererseits getätigt. Diese Angaben lassen den Schluss einer inkongruenten Deckung der anstehenden Rekultivierungskosten zu bzw. legen nahe, dass es - auch unter Berücksichtigung der noch erwarteten erheblichen öffentlichen Zuschüsse für die Stilllegung und Rekultivierung im Rahmen des Braunkohleausstiegs - konkret für die Zeit ab 2030 zu einer erheblichen Unterdeckung kommt bzw. deren Eintritt erheblich wahrscheinlich erscheint. Zugleich wird dort auf die erheblichen Entnahmen der Eigentümerschaft verwiesen, die nach Auffassung der dortigen Autoren die Leistungsfähigkeit der LEAG zur Erfüllung ihrer Rekultivierungspflichten wesentlich einschränken bzw. sogar grundlegend gefährden.

Zugleich werden innerhalb des Beitrages Angaben zur Beteiligung von Vertretern der Landesregierungen Brandenburg und Sachsen an Gesprächen mit der LEAG gemacht.

Im Hinblick auf die erhebliche Bedeutung der Rekultivierung ehemaliger Tagebaue der LEAG für die Strukturentwicklung im Land Brandenburg bis hin zu den Auswirkungen auf den Wasserhaushalt und die Wasserversorgungssicherheit frage ich daher die Landesregierung:

1. In wieviel Fällen war die brandenburgische Landesregierung (durch Vertreter des Wirtschaftsministeriums) an den Gesprächen mit Vertretern der tschechischen LEAG Holding beteiligt? Wer hat das Land jeweils vertreten (Minister, Staatssekretär, AL, Referent)?
2. Welche Inhalte und Ergebnisse hatten diese Gespräche?

3. Wie bewertet die Landesregierung die Aussage von Greenpeace zum Verhältnis der aktuell durch die LEAG bilanziell ausgewiesenen Rückstellungen zu den geschätzten Kosten der gesamten Rekultivierung? Wie hoch bemisst die Landesregierung die notwendigen Rücklagen? Wenn die Landesregierung eine Lücke aktuell oder in der Zukunft feststellt, wie wirkt die Landesregierung auf eine Schließung dieser Lücke hin?
4. Wie hoch bewertet die Landesregierung das Risiko eines teilweisen oder insgesamt Ausfalls der LEAG als Rekultivierungsverantwortlicher?
5. Wie bewertet die Landesregierung die Ausschüttungs- und Dividendenpolitik der LEAG sowie die zwischenzeitlich bekanntgewordenen Anteilsveräußerungen? Sieht die Landesregierung ein Risiko in den Anteilsveräußerungen, wenn es sich bei den Erwerbern um unbekannte und/oder Erwerber ohne sichtbare adäquate Bonität handelt?
6. Beabsichtigt die Landesregierung, weitere Sicherheiten oder zusätzliche Rückstellungen zu verlangen? Wenn ja, in welcher Weise und Höhe? Wenn nein, warum nicht?

Hinter verschlossenen Türen tagt eine Arbeitsgruppe der Wirtschaftsministerien Sachsens und Brandenburgs zur Umstrukturierung der LEAG. Die Staatssekretärin des sächsischen Wirtschaftsministeriums traf sich seit Anfang 2023 insgesamt siebzehn Mal mit Vertretern der tschechischen LEAG Holding, meist in Anwesenheit von Beamten des brandenburgischen Wirtschaftsministeriums.

Die Rolle der Ministerpräsidenten Michael Kretschmer (Sachsen) und Dietmar Woidke (Brandenburg) bleibt unklar. Eine im August 2024 gestellte Anfrage an ihre Staatskanzleien blieb bis heute unbeantwortet. Es ist schwer vorstellbar, dass sie von diesen Vorgängen nichts wussten.